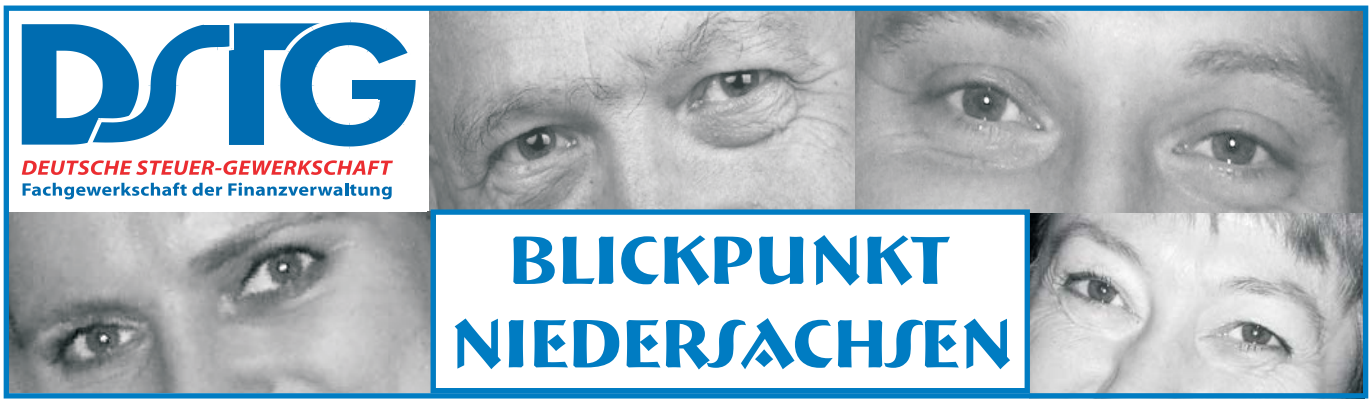
DSTG
DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung



BLICKPUNKT NIEDERSACHSEN

MITGLIEDERZEITUNG DER DEUTSCHEN STEUER GEWERKSCHAFT, LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

AKTUELL:

Am 08.06.2011 wählte der Bundeshauptvorstand der DSTG Thomas Eigenthaler (Baden-Württemberg) zum neuen Bundesvorsitzenden und damit zum Nachfolger von Dieter Ondracek, der dieses Amt mehr als 15 Jahre erfolgreich innehatte. Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen gutes Gelingen für diese neue Aufgabe.

Neu in die Bundesleitung wurde dann auch Torsten Schlick (Rheinland-Pfalz) als stellvertretender Bundesvorsitzender nachgewählt.

Info für Mitglieder

Mitglieder haben weiterhin die Möglichkeit, ihren voraussichtlichen **Ruhegehaltsanspruch** durch die DSTG berechnen zu lassen.
Entsprechende Vordrucke finden Sie im Internet.

Diese Berechnungen führen Kolleginnen des Landesvorstandes meistens am Wochenende durch. Wir bitten deshalb, im Antrag unbedingt auch eine **private** Telefonnummer anzugeben - dies erleichtert uns die Kontaktaufnahme bei möglichen Rückfragen.

Neuer Vorstand beim Ortsverband Osnabrück-Land

Am 07. Februar 2011 fand die Ortsverbandsversammlung des Ortsverbandes Osnabrück-Land statt.

Als Gäste konnte die Landesjugendleiterin der DSTG Ute Wellkamp sowie die Kollegen Thorsten Balster und Reiner Küchler vom Geschäftsführenden Vorstand der DSTG begrüßt werden.

Auf dieser Versammlung stand auch die Wahl eines neuen DSTG-Vorstandes auf dem Programm. Folgende Kollegen/innen wurden in den Vorstand gewählt:

Kerstin Neyer (Vorsitzende), Dietmar Mausch (Stellvertreter), Peter Starmann, Thomas Tscherner und Sören Taszus als Beisitzer, Gerlinde Tepe (Frauenvertretung), Wolfgang Hoffmann (Kassenwart) und Laurenz Meyer Kassenprüfer).

Im Namen des neu gewählten Vorstandes dankte Kerstin Neyer den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Dann sprach die neu gewählte Vorsitzende den Kollegen Hartmut Hupka, Franz Haarmann und Jürgen Niehaus für die bis

Fortsetzung auf Seite 2

Aus den Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 1

dahin geleistete Arbeit im Ortsverband ihren Dank aus. Den Kollegen wurden für ihre langjährige Tätigkeit in der Gewerkschaft kleine Präsente überreicht.

Thorsten Balster sprach den Kollegen für die bisher geleistete Arbeit im Ortsverband ebenso den Dank aus und wünschte dem neuen Vorstand alles Gute für die Zukunft und gutes Gelingen bei der Arbeit.

Danach folgte ein Bericht über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand von Thorsten Balster und ein Bericht von Reiner Küchler über die Lage der Tarifbeschäftigten in der Finanzverwaltung und die aktuelle Situation bei den derzeitigen Tarifverhandlungen. Nach der anschließenden Diskussionsrunde bedankte sich die Kollegin Kerstin Neyer im Namen des Vorstandes bei den Mitgliedern für ihr Kommen. Der neu gewählte Vorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Ortsverbandes und steht jederzeit seinen Mitgliedern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Kerstin Neyer
DSTG Ortsverband Osnabrück-Land

Aus dem Landesvorstand

Rätsel aus Blickpunkt Nr. 85 - Die Lösung

In der vergangenen Woche haben wir die Gewinnerin des Rätsels in der letzten Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift „Blickpunkt“ aus einer Reihe von diversen richtigen Einsendungen gezogen.

Es sind verschiedene Lösungswege beschritten worden, die alle von uns auch akzeptiert worden sind.

Die von uns beabsichtigte Lösung hieß: Polizei! Dieses ist in der vorgegebenen Reihe das einzige Wort, dessen Anfangsbuchstaben nicht in alphabetischer Reihenfolge stehen.

Die Lösung Abendgarderobe ist ebenfalls richtig. Es ist das einzige Wort, das aus zwei zusammengesetzten Hauptwörtern besteht.

Der Schreibfehler in dem Wort Abendgarderobe war natürlich nicht beabsichtigt. Diese Lösung hatten wir auf unserem Spickzettel nicht notiert. Aber diejenigen, die sehr früh im Internet den neuen Blickpunkt gelesen und uns diese Lösung übermittelt hatten, haben ebenfalls an der Verlosung teilgenommen.

Aber nun zu unserer Gewinnerin:

Es ist ……..
Es ist .....
Es ist .....

Frau Sabine Schmidt vom Ortsverband Syke

Wir gratulieren recht herzlich
und wünschen schöne Tage im IFA-Hotel Rügen in Binz auf Rügen.

Impressum:
Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. ***(C) 2011** - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten*

Der Landesvorsitzende - *Angemerkt...*

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

der Niedersächsische Landtag hat am 25. Mai die Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge und damit die Übernahme des Tarifergebnisses 1:1 beschlossen.

Diese Entscheidung war erforderlich, um den Besoldungs- und Versorgungsrückstand nicht zu vergrößern. Wir unterstreichen nachdrücklich die Feststellung des NBB Landesbundvorsitzenden Friedhelm Schäfer, der Besoldungs- und Versorgungsrückstand sei durch diese Entscheidung bei weitem nicht ausgeglichen worden.

Würde ich an dieser Stelle die Besoldungs- und Versorgungseinschnitte der zurückliegenden zwei Jahrzehnte auflisten, benötigte ich hierfür mehrere Seiten. Diese Tatsache verdeutlicht, dass dem öffentlichen Dienst ein Sonderopfer nach dem anderen abverlangt wurde. Ein Einschnitt sitzt wie ein schmerzender Stachel im Gedächtnis unserer Kolleginnen und Kollegen: **die Streichung der Sonderzuwendung!**

Es ist die Aufgabe unseres Dachverbandes, des NBB, diesen Einschnitt in unsere Alimentation zu beenden!

Mit der Zahlung der Bezüge Ende Juni werden die Besoldungs- und Versorgungserhöhung und die Ergebnisse des Tarifvertrages umgesetzt. Nicht in allen Bundesländern erfolgt eine 1:1 Umsetzung des Tarifergebnisses. Dieser Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde durch Ihre zahlreichen Aktionen und dank unseres gewerkschaftspolitischen Einsatzes erreicht. Dieser Erfolg wird uns zu neuen Aktivitäten anspornen. Der Haushalt 2012 muß deutliche Verbesserungen für unsere Verwaltung bringen: Höhere Anwärterzahlen, mehr Stellen und Stellenhebungen. Wir haben bereits im vergangenen Jahr in einer Sonderausgabe unseres Blickpunktes die äußerst schlechte Lage unserer Verwaltung angegriffen.

Zumindest bei einzelnen Abgeordneten scheint ein Umdenken eingesetzt zu haben.

Ich begrüße nachdrücklich die Besuche des finanzpolitischen Sprechers der CDU Landtagsfraktion Reinhold Hilbers in einigen Finanzämtern. Herr Hilbers hat sich intensiv in Aufbau und Aufgaben unserer Verwaltung eingearbeitet. Er hinterfragt neue Aufgaben unserer Verwaltung. In den Gesprächen in den Ämtern wurden Ihnen, sehr geehrter Herr Hilbers, die Sorgen unserer Kolleginnen

und Kollegen nachdrücklich vorgetragen. Sie haben sich die Probleme dieser Verwaltung erarbeitet. Nun müssen sachgerechte Lösungen gefunden werden.

Wir bieten Ihnen hierbei unsere Hilfe und Unterstützung an.

Wir wollen zufriedene Kolleginnen und Kollegen, die nicht ständig ein Pensum von 100 plus X leisten müssen. Wir benötigen also einen Personalbestand, der sich an die Personalbedarfsberechnung anlehnt.

Und wir fordern die Honorierung der qualitativ und quantitativ hochwertigen Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen. Die beste Anerkennung von Leistung ist die Beförderung. Diese Ansicht vertritt nicht nur die DSTG, sondern auch die Vorsteherinnen und Vorsteher unserer Finanzämter.

Sie, sehr geehrter Herr Hilbers, und alle Mitglieder des Landtages wollen die Einnahmen unseres Landes steigern. Zur Erreichung dieses Zieles benötigen Sie eine motivierte und leistungsstarke Finanzverwaltung.

Was motiviert mehr als eine Beförderung? Also benötigen wir Stellenhebungen!

Sachverhalte erfassen, erkennen und lösen ist unsere tägliche Arbeit. Ich erwarte von der Politik Lösungen der bestehenden Probleme.

Ich wiederhole mein Angebot:
Der Vorstand der DSTG steht jedem Parlamentarier mit Rat und Tat zur Seite, der die Zustände in unserer Verwaltung verbessern will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie bitte weiter nachdrücklich unsere Forderungen. Gehen Sie offensiv auf Ihren Landtagsabgeordneten zu.

Nur gemeinsam sind wir stark!

In diesem Sinne grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Gespräch mit der FDP Landtagsfraktion am 19.04.2011

Das erste Gespräch von Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahren 2012 fand am 19.04.2011 mit Vertretern der FDP-Fraktion statt.

Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer sowie die Stellvertreter Veronika Deppe, Uschi Japtok, Günther Abeling und die Beisitzer Reiner Küchler (Tarif) und Markus Plachta trafen auf den haushalts- und finanzpolitischen Sprecher Christian Grascha und den Referenten für Haushalt und Finanzen Fabian Fischer sowie auf den schulpolitischen Sprecher, unser Landesvorstandsmitglied, unseren Kollegen Björn Försterling.

In einem mehr als einstündigen Gespräch machten die DSTG-ler die Politiker darauf aufmerksam, dass der Personalfehlbestand in den Finanzämtern 12 % des errechneten Bedarfs beträgt und damit bedenkliche Ausmaße angenommen hat. Die ständig zunehmende Arbeitsverdichtung führt inzwischen dazu, dass der Krankenstand in den Ämtern stetig ansteigt. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Abhilfe von Seiten der Politik ist allerdings nicht erkennbar. Die Anzahl derer, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten, ist seit langem bekannt. Tatsächlich werden die Einstellungszahlen der Anwärterinnen und Anwärter weder an den Bedarf noch an die (schon geringere) Bestandserhaltungsquote, sondern lediglich an die Haushaltsgegebenheiten angepasst.

Auch die lt. mittelfristiger Finanzplanung (Mipla) angedachten Einstellungszahlen für die kommenden Jahre werden zugunsten von Haushaltskonsolidierung ständig nach unten korrigiert. Die Frage, wer in den nächsten Jahren die Arbeit erledigen soll, drängt sich immer mehr auf, zumal auch die Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften dadurch erschwert wird, dass zukünftig immer weniger Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt streben. „Wir laufen sehenden Auges in eine Personalmisere hinein und die Politik tut nichts“, so der DSTG-Landesvorsitzende. Die Politiker der FDP-Fraktion waren an dem Thema äußerst interessiert. Sie sicherten zu, dass sie sich für 2012 verstärkt um die Steuerverwaltung und deren Personalausstattung bemühen wollen. Dazu gehöre auch, dass über die Schaffung von zusätzliche Stellen zum Abbau des lt. Personalbedarfberechnung bestehenden Fehls von rd. 1.300 Personen nachgedacht werde.

Die Forderung der DSTG-ler, auch über Stellenhebungen nachzudenken, stieß durchaus auf das Verständnis der Politiker. Inzwischen ist deutlich geworden, dass nach dem Polizeibereich der größte Bedarf für Stellenhebungen in der Steuerverwaltung liegt. Für gute Arbeit ist die Beförderung die beste Anerkennung; allerdings muss diese wesentlich zeitnaher erfolgen. Die langen Beförderungswartezeiten sind im Übrigen auch außerhalb des öffentlichen Dienstes bekannt und machen die Ausbildung bei der Steuerverwaltung für Berufsanfänger nicht attraktiver.

Kollege Reiner Küchler, zuständig für den Bereich Tarif, machte noch einmal darauf aufmerksam, dass der Einstellungsstopp in 2010 zwar aufgehoben worden ist, aber faktisch wegen der fehlenden Haushaltsmittel nur Einstellungen in verschwindend geringem Umfang vorgenommen werden konnten. Seine Forderung gilt der Schaffung des entsprechenden Budgets, damit auch die dringend benötigten Hausmeister, Boten und Telefonisten eingestellt werden können und nicht die gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (mittlerer Dienst) diese Aufgabe irgendwann wahrnehmen müssen.

Zum Abschluss des Gespräches wiesen die DSTG-Vertreter noch auf die Einkommensverluste durch Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld, durch Streichung der Versorgungsrücklage, durch Nichtzahlung der Leistungszulagen und Leistungsprämien hin. „Gerade die Streichung des Weihnachtsgeldes hat alle unsere Kolleginnen und Kollegen hart getroffen und ist auch nicht vergessen“, gab der Landesvorsitzende der DSTG zu bedenken.

CDU Landtagsfraktion im Gespräch mit der DSTG

Am 11. Mai 2011 trugen die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen ihre Forderungen und Wünsche dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen Reinhold Hilbers und der wissenschaftlichen Referentin für den Bereich Haushalt und Finanzen Nicole Streitz vor.

Der Landesvorsitzende Thorsten Eichenauer begrüßte in seinen Eingangsworten ausdrücklich die Besuche, die Herr Hilbers in jüngster Vergangenheit in diversen Finanzämter durchgeführt habe. „Dieses besondere Engagement ist äußerst anerkennenswert“, finden wir DSTG-ler. „Nur wer die Basis vor Ort kennen gelernt hat, kann Verständnis für die Situation der Steuerverwaltung und ihrer Beschäftigten aufbringen“.

Im anschließenden Gespräch trugen wir unsere drei Hauptforderungen vor. Ganz oben auf der Wunschliste steht angesichts des Personalfehlbestandes in Höhe von mehr als 12 % des ermittelten Bedarfs erstens die Forderung nach erhöhten Einstellungszahlen. Zweitens müssten die langen Beförderungswartezeiten endlich verkürzt werden. Gleich dahinter rangiert die Forderung, die Einstellung von Tarifpersonal zu ermöglichen.

Mitte des Jahrzehnts, so der Landesvorsitzende, werde es nicht mehr möglich sein, das „Ruder herumzureißen“. Der Personalfehlbestand wird sich ohne die Einstellung von deutlich mehr Personal so erhöhen, dass weder Gastdozenten für den Unterricht an der Steuerakademie noch die Ausbilder am Arbeitsplatz abgestellt werden können. Da mit dem Abbau von Personal kein Abbau der Aufgaben einhergeht, werden die Finanzämter dann auf jeden Beschäftigten angewiesen sein. In diesem Zusammenhang wiesen die DSTG-Vertreter auch darauf hin, dass bereits zum heutigen Zeitpunkt eine immense Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen vorherrsche und diese Belastung u.a. auch dazu führe, dass die Krankenstatistik deutlich ansteigt.

Herr Hilbers erklärte, die CDU-Fraktion habe sich mehrfach und sehr intensiv mit der Steuerverwaltung beschäftigt. So sind die Einstellungszahlen wiederholt zur Sprache gekommen. Z.Zt. sind für das kommende Jahr 108 Einstellungen in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (bisher mittlerer Dienst) und 120 Einstellungen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (bisher gehobener Dienst) vorgesehen.
Daneben ist den Politikern sehr wohl bewusst, dass der Bund ab 2014 die Kraftfahrzeugsteuer gänzlich übernehmen wird und damit die bisher in diesem Arbeitsbereich tätigen Beschäftigten für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Inwieweit dieser Aussage ohne weiteres gefolgt werden kann, kann momentan nicht gesagt werden. Sicher sind die Tarifbeschäftigten aus den Kfz-Steuerstellen noch für andere Arbeitsbereiche zu qualifizieren.

Herr Hilbers machte aber auch deutlich, dass der Beschluss zu den Stelleneinsparungen (250 allein für die Steuerverwaltungen bis Ende 2015) besteht und umzusetzen ist. Hier könnten Infotheken, der im Risikomanagementverfahren eingesetzte Risikofilter und andere technische Möglichkeiten nach Einführung von KONSENS I Hilfestellungen leisten.

Kollege Küchler wies auf Erhebungen in der Infothek im Finanzamt Cuxhaven hin.
Danach sind mehr ELSTAM-Erklärungen in der Infothek angenommen worden als Einkommensteuer-Erklärungen abgegeben worden sind. Ein klares Indiz für eine deutliche Mehrarbeit der Beschäftigten in den Finanzämtern. Inzwischen wird aber auch bekannt, dass die Gemeinden und Bürgerämter wesentlich mehr Personal eingesetzt hatten als es bisher eingeräumt wurde.

Fortsetzung auf Seite 6

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 5

Der CDU-Politiker sagte zu, die voraussichtlichen Zahlen aufgrund von Altersabgängen zu erfragen. Für die Zukunft wäre dann eine deutlichere Grundlage für die Planung des Personaleinsatzes in der Steuerverwaltung gegeben.

Der Wunsch nach Stellenhebungen wurde auch von Herrn Hilbers nicht abschlägig beschieden. „Sollten Spielräume vorhanden sein, wäre die Steuerverwaltung auf alle Fälle dabei“, so seine Aussage.

Zum Ende des Gespräches wiesen die DSTG-Vertreter noch darauf hin, dass es sich bei der Steuerverwaltung um eine Eingriffsverwaltung handele, die naturgemäß darauf bedacht sei, des „Bürgers Liebstes“ zu bekommen. Trotzdem hätten unsere Kolleginnen und Kollegen bei Umfragen ein gutes Ergebnis bei den Bürgerinnen und Bürgern erzielt.

Die Bürgerfreundlichkeit, die in unserer Steuerverwaltung vorherrsche, sei auch ein großes Anliegen der Politiker, bekräftigte Herr Hilbers. Nach mehr als einer Stunde bedankten sich die DSTG-Vertreter für das gute Gespräch und vereinbarten mit Herrn Hilbers, weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Aus dem Landesvorstand

Gespräch der DSTG mit Vertretern der SPD Fraktion

Am 23. Mai fand ein fast zweistündiges Gespräch mit Vertretern der SPD-Fraktion im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Niedersächsischen Landtages statt. Unsere Gesprächspartner der großen Oppositionspartei waren Renate Geuter, die Fraktionssprecherin für Haushalt und Finanzen, Dieter Möhrmann, einer der Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages, Wiard Siebels und last but not least der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Niedersächsischen Landtages, der frühere Finanzminister Heiner Aller. Begleitet wurden die Abgeordneten vom Parlamentarischen Referenten für Haushalt und Finanzen der SPD-Fraktion Simon Hartmann. Unsere Gewerkschaft wurde durch unseren Vorsitzenden Thorsten Eichenauer und seinen Stellvertreter Thorsten Balster vertreten. Auch unser Tarifvertreter Reiner Küchler hatte an dem Gespräch teilnehmen wollen, war dann aber wieder einmal an den Problemen der Bahn gescheitert. Dieses Mal waren ihr die Oberleitungen abhanden gekommen.

Frau Geuter sprach als erstes die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Zahlung von Zulagen an Beamte an, die länger als 18 Monate eine höherwertige Tätigkeit ausüben. Hieraus könnten sich auch Ansprüche für einen Teil unserer Kolleginnen und Kollegen ableiten lassen. Zwischen den Gesprächsparteien bestand Einvernehmen, der Wortlaut der Entscheidung müsse abgewartet werden. Unser Landesvorsitzender erhob in diesem Zusammenhang die Forderung nach kürzeren Beförderungswartezeiten. Zulagen seien entbehrlich, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen entsprechend ihrer Tätigkeit besoldet würden. Es seien daher dringend Stellenhebungen geboten. Die langen Beförderungswartezeiten verärgerten die Beschäftigten ebenso wie die nach wie vor nicht vergessene Streichung der Sonderzuwendung. Diese hätten sich unsere Kolleginnen und Kollegen durch Verzicht an anderer Stelle ebenso erkauft wie Ende der 80iger Jahre die 38,5 Stunden-Woche.

Großes Informationsbedürfnis bestand bei den Abgeordneten hinsichtlich KONSENS I. In Thorsten Balster fanden sie einen äußerst kompetenten Ansprechpartner, der ihnen die Neuerungen und den Sachstand erläutern konnte. Die Schulungen vor der Einführung von KONSENS I stellen an Lehrende und Lernende große Anforderungen. Wir vertrauen auf die Einsatzbereitschaft und Fähigkeit unserer Kolleginnen und Kollegen, auch diese Hürde mühelos zu meistern. Leistung muß sich jedoch auch auszahlen. Und es gibt keine besseren Belohnungen als Beförderungen.

Den früheren Finanzminister Heiner Aller interessierte das Finanzamt 2020, mit welchem Personal, welchen Mitteln und welchen Normen Steuergerechtigkeit erreicht werden könne. Die Steuergesetzgebung ist originäre Aufgabe der Politik. Den selbst gesetzten Anspruch der Steuerrechtsvereinfachung konnte sie über Jahrzehnte nicht realisieren, im Gegenteil, die Rechtsmaterie wurde immer komplizierter. Bei der

Fortsetzung auf Seite 7

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 6

Frage nach dem Personal konnten wir Lösungen anbieten. Die Zahl der Finanz- und Steueranwärterinnen und -anwärter muß in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden, um die anstehenden Altersabgänge auszugleichen und den Personalfehlbestand zu verringern. Dazu ist es erforderlich, die Attraktivität der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt und der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt durch eine Verbesserung der Beförderungssituation zu erhöhen. Unsere Stellenhebungswünsche hatten wir bereits schriftlich übersandt.

Am Ende des interessanten Meinungsaustausches vereinbarten wir eine Fortsetzung des Gespräches nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2012.

Aus dem Landesvorstand

Gespräch mit der Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen"

Das Gespräch im Vorfeld des Haushaltsaufstellungsverfahrens mit Vertretern der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen" fand am 24.05.2011 statt. Die Kolleginnen und Kollegen der DSTG Thorsten Eichenauer, Günther Abeling, Reiner Küchler, Markus Plachta und Uschi Japtok trafen auf den fachpolitischen Sprecher für Haushalt und Finanzen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Hans-Jürgen Klein und seinen Mitarbeiter Simon Schütte.

In einem gut einstündigen Gespräch trugen die Vertreter der DSTG ihre Anliegen vor. Auch hier stand wiederum im Vordergrund die mangelnde Personalausstattung der Steuerverwaltung. Mehr Aufgaben, weniger Personal, höhere Arbeitsbelastung, steigender Krankenstand war vereinfacht gesagt die Einlassung der Steuerleute. Das anfallende und kontinuierlich steigende Arbeitspensum kann bei einem lt. Personalbedarfsberechnung 2010 bestehenden Personalfehlbestand in Höhe von rd. 1.300 Beschäftigten schwerlich bewältigt werden. Die DSTG-ler machten auch in diesem Gespräch deutlich, dass - will der Staat die Steuereinnahmen langfristig gesichert wissen - Maßnahmen ergriffen werden müssen. Nur eine intakte Verwaltung ist der Garant für die Gewährleistung, dass Steuern festgesetzt und erhoben werden. Die Einstellung von Anwärtern in großer Anzahl ist daher ein unbedingtes MUSS. Für spätere Jahre steht zu erwarten, dass mit der sinkenden Zahl der Schulabgänger auch die Zahl der qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber sinkt. Diese jedoch werden dringend gebraucht, um das sich ständig verkomplizierende Steuerrecht umzusetzen.

Kollege Küchler - zuständig für den Bereich Tarif in der DSTG - gab zudem zu bedenken, dass in den nächsten Jahren ein ständiger Abbau durch Altersabgänge auch im Tarifbereich stattfindet. Bis 2015 werden 457 Tarifbeschäftigte die Steuerverwaltung verlassen. Geplant sind momentan aber nur 110 Einstellungen (davon 10 in 2012), d.h. nur rund jede vierte Stelle wird wieder besetzt. Bereits jetzt werden Beamte in nicht unbedeutender Anzahl auf Arbeitsplätzen eingesetzt, die für Tarifbeschäftigte vorgesehen sind. Auch hier ist der Wunsch der DSTG-ler: Aufstockung des Budgets zur Einstellung von Tarifbeschäftigten.

Die Antwort zur kleinen Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag (Drucksache 16/329) betreffend die bedarfsgerechte Personalausstattung der Finanzämter sagt, dass die Mehrbelastungen durch neue/geänderte Steuergesetzgebung also Belastung durch fremdbestimmte Faktoren trotz der bisherigen Modernisierung der Automation nicht aufgefangen werden konnten.

Bei dieser Aussage muss man sich allerdings fragen, wie der Begriff fremdbestimmt zu deuten ist. Alle Steuergesetze sind durch den Bundesrat, d.h. auch durch die Länder zu verabschieden. Warum machen an dieser Stelle die Länder nicht einmal deutlich, dass eine weitere Steuerrechtsänderung nicht mehr umsetzbar ist? Die in gleicher Anfrage gegebene Antwort, dass die Differenz zwischen dem Personalbedarf und dem Personalbestand in der Aufgabenerledigung kurz und mittelfristig durch organisatorische Maßnahmen ausgeglichen wird, ist ebenfalls nicht sehr hilfreich. Die DSTG-ler fragen sich, welche organisatorischen Maßnahmen dieses wohl sein könnten. Die Einführung von Risikomanagementverfahren ist jedenfalls nicht geeignet, das gesamte fehlende Personal und noch abzubauende Personal lt. Einsparverpflichtung zu ersetzen.

Der weitere Wunsch der DSTG-Vertreter nach Stellenhebungen

Fortsetzung auf Seite 8

Aus dem Landesvorstand

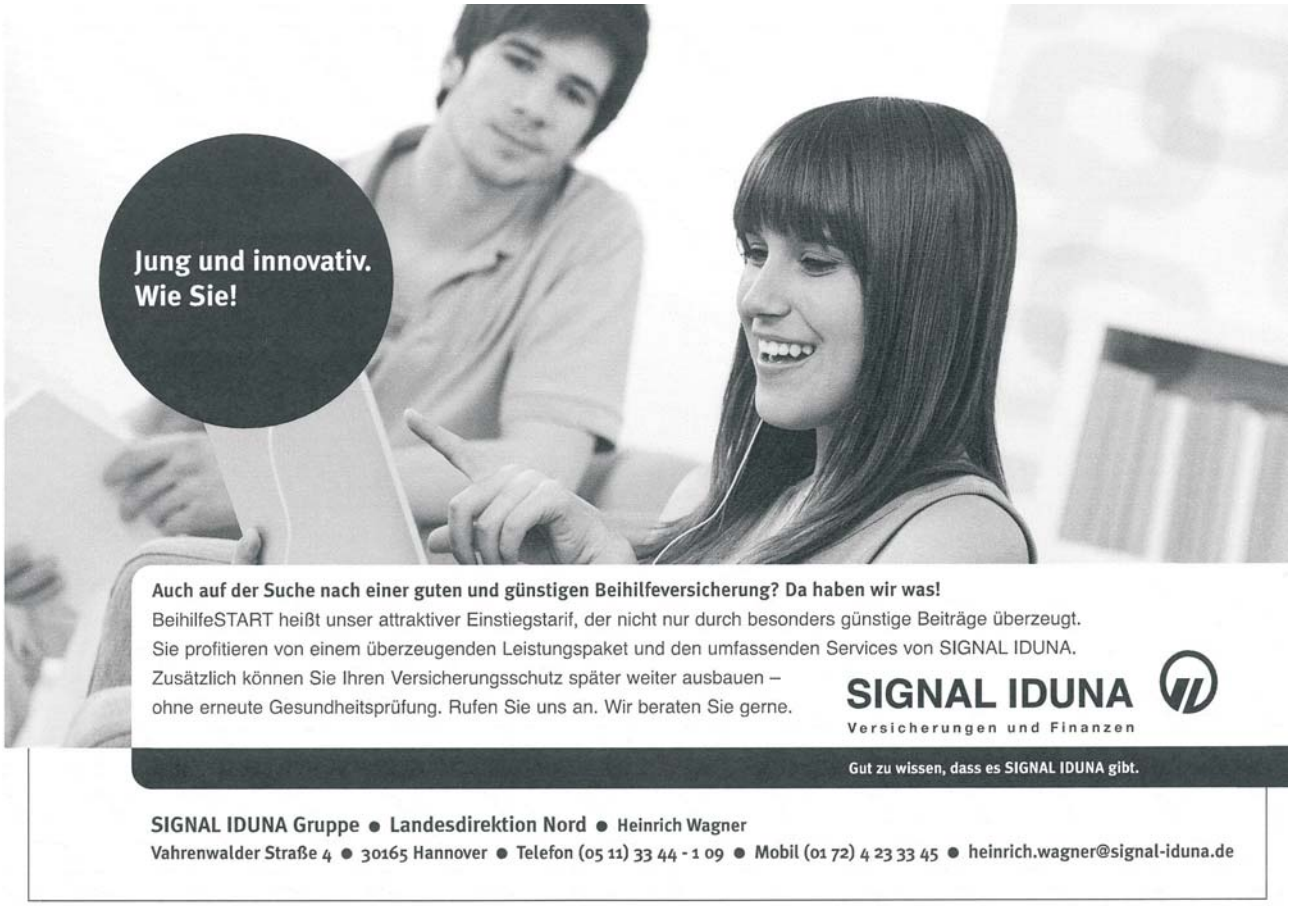
Fortsetzung von Seite 7

stieß nicht auf grundsätzliche Ablehnung der Politiker aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

„Der Entwurf aus dem Finanzministerium bleibt abzuwarten. Im letzten Jahr hatten wir bereits ja zu Stellenhebungen bis A 9 BBesO gesagt“, so Hans-Jürgen Klein. Den Vertretern der DSTG ist dieses jedoch nicht weitgehend genug. Jeder muss die Chance bekommen, durch Beförderung eine Planstelle entsprechend der Bewertung seines Dienstpostens zu erreichen!

Die Diskussion am Ende des Gespräches über Punkte wie Sonderzuwendung, Leistungszulagen und -prämien sowie Versorgungsrücklage machte noch einmal deutlich, dass viele Maßnahmen der Politik das Vertrauen in die Politik nachhaltig erschüttert haben. Hier hat die Politik einiges gut zu machen.

- - - WERBUNG - - -



Bezirksversammlung des Bezirksausschusses Oldenburg

Am 10.05.2011 fand in Harpstedt die Bezirksversammlung des Bezirksausschusses Oldenburg statt.

Der Vorsitzende Thorsten Balster konnte zur dieser Veranstaltung neben den Vorsitzenden der Ortsverbände auch den Landesvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer sowie die Landesjugendleiterin Ute Wellkamp begrüßen.

Haupttagesordnungspunkt der Versammlung war die Wahl der Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission für den Bereich Oldenburg.

Folgenden Kollegen wurde das Vertrauen des Gremiums ausgesprochen:

Dierk Müller vom Ortsverband Cuxhaven
Hartmut Reimers vom Ortsverband GBp Stade
Heino Lienemann vom Ortsverband Oldenburg FuSt
Wilhelm Bufe vom Ortsverband Syke
Joachim Gorges vom Ortsverband Nordenham (Im Vertretungsfall)

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der Bericht unseres Landesvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen.

Er hob besonders den Einsatz der Oldenburger Ortsverbände bei der kürzlich stattgefundenen Demo hervor und bedankte sich bei den Ortsverbandsvorsitzenden für ihren Einsatz. Weiter warb unser Landesvorsitzender dafür, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen für eine Wahl zum Personalrat aufstellen lassen sollten. Eine gute Personalvertretung mit vielen Mitgliedern in den einzelnen Finanzämtern sei die Basis für eine erfolgreiche und angenehme Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen!

Über viele weitere Themenpunkte, wie z. B. aktuelle Rechtsverfahren, Organisationen von Demos und die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit auf Landes- bzw. Ortsebene wurde im weiteren Verlaufe der Versammlung gesprochen und diskutiert.

An den Wortbeiträgen und Diskussionen zu den einzelnen Themen konnte man wieder erkennen, dass die Ortsverbände sehr gut aufgestellt und nach außen hin vertreten sind.

Bezirksversammlung für den Bereich Hannover

Die Bezirksversammlung für den Bezirk Hannover fand statt am 16. Mai 2011. Zuvor war bekannt geworden, dass nach der Maisteuerschätzung das Land Niedersachsen mit erhöhten Steuereinnahmen im dreistelligen Millionenbereich zu rechnen habe. Es ist vorgesehen, so die Ansage, diese Gelder überwiegend zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen.

Der Bericht zur Lage wurde mit dem Hinweis begonnen, dass die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes die politischen Gespräche bereits sehr frühzeitig aufgenommen hätten. Die Gespräche mit der FDP und CDU hatten bereits stattgefunden. Die Gespräche mit der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und den Linken sind terminiert. Schwerpunkt der Gespräche sind die Themen Personalaufstockung durch Anwärtereinstellung und Stellenhebungen. Angesprochen wird darüber hinaus auch immer die Lage im Bereich der weiteren Mitarbeiter in den Finanzämtern, d.h. im Bereich der Tarifbeschäftigten. Nach der letzten Abfrage erledigen inzwischen eine ganz Menge Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt Arbeiten, die eigentlich im Bereich der weiteren Mitarbeiter angesiedelt sind.

Das Tarifergebnis wird inhaltsgleich auch auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger übernommen. Der Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2011 und 2012 liegt dem Landtag vor. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat dem Landtag empfohlen, den Gesetzesentwurf unverändert anzunehmen (Landtagsdrucksache 16. Wahlperiode 16/3641). Die Zahlung erfolgt für Tarifbeschäftigte mit den Junigehältern und für Beamtinnen und Beamten mit den Julibezügen, d.h. in beiden Fällen Ende Juni 2011.

Im Rahmen der Bezirksversammlung wurde auch darauf hingewiesen, dass in der zweiten Juniwoche ein neuer DSTG-Bundesvorsitzender gewählt wird. Dieter Ondracek gibt sein Amt nach annähernd 16 Jahren zurück. Aus Niedersachsen werden die Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsführenden Vorstandes an der Bundeshauptvorstandssitzung teilnehmen.

Das neue Beamtenversorgungsgesetz befindet sich z.Zt. in der Verbandsanhörung. Diskutiert wird hier noch die Ausgestaltung der Altersteilzeit. Mit der Verabschiedung kann nach bisherigen Erkenntnissen im Herbst 2011 gerechnet werden. Die neue Beihilfeverordnung wird noch auf sich warten lassen. Die Verordnung wurde bisher nicht ins Kabinett eingebracht.

Aufgabe der Bezirksversammlung war es auch, die für diesen Bereich tätigen Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission zu wählen. Hier stellten sich zur Verfügung und wurden gewählt die Kolleginnen Stephanie Roß (OV FuSt Hannover), Rita Bohlinger (OV Hannover-Land II) und die Kollegen Jörg Bähre (OV GBp Hannover) und Jürgen Drescher (OV Hildesheim).

Anfang des Jahres 2012 werden Personalratswahlen stattfinden; im Herbst 2012 findet der nächste Landesverbandstag der DSTG Niedersachsen mit Neuwahlen statt.

Aufgabe der Wahlvorbereitungskommission ist es, die potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten in eine Reihenfolge zu bringen und so die Vorschläge für die Listen der DSTG zu erarbeiten. Bis zum 01.07.2011 sind diejenigen, die sich für eine Kandidatur zu den Stufenvertretungen Hauptpersonalrat (Steuer) und Bezirkspersonalrat (Steuer) und/oder für eine Kandidatur zum Landesvorstand interessieren, aufgefordert, sich über ihren Ortsverband beim Landesverband zu melden. Im Rahmen der Bezirksversammlung wurde auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass insbesondere Kolleginnen und Kollegen des Tarifbereiches für die Mitarbeit in der Personalvertretung gesucht werden. Es ist nicht Voraussetzung, dass diese Bewerberinnen und Bewerber dem Tarifbereich angehören, sondern hier ist eine Kandidatur von verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ebenfalls möglich.

Die Bezirksversammlung hatte noch eine weitere Wahl durchzuführen. Der Bezirksausschuss Hannover, der diese Bezirksversammlung einberufen und durchgeführt hat, besteht satzungsgemäß aus fünf Mitgliedern. Tina Sklarek hat aus wichtigen Gründen auf ihren Sitz im Bezirksausschuss verzicht.

Wir danken ihr für ihren Einsatz, wünschen ihr alles Gute und hoffen, dass sie zu gegebener Zeit wieder zur Verfügung steht. Nach Tinas Rücktritt aus dem Bezirksausschuss war eine Nachwahl durchzuführen.

Fortsetzung auf Seite 11

Aus den Bezirksausschüssen

Fortsetzung von Seite 10

Gewählt wurde der Kollege Andreas Franke vom Finanzamt Hannover-Land II. Andreas Franke gehörte dem Bezirksausschuss bereits von 2004 - 2008 an.

Nachdem am Nachmittag einige interne und organisatorische Dinge des Landesverbandes besprochen sowie Fragen aus dem Ortsverbänden diskutiert und beantwortet wurden, konnte die Bezirksversammlung um 16.00 Uhr geschlossen werden.

Aus dem Landesvorstand

Treffen der Vertreter der NordKOOP

Auch in diesem Jahr fand in der Zeit vom 07. - 09. April 2011 wieder ein Erfahrungsaustausch der DSTG-Vertreter der norddeutschen Ländern in Schenefeld bei Hamburg statt. Vertreten waren die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen. Erstmalig waren die DSTG Jugendvertreter der norddeutschen Bundesländer ebenfalls eingeladen, so dass aus Niedersachsen mit Thorsten Eichenauer, Veronika Deppe, Thorsten Balster, Reiner Küchler, Ute Wellkamp und Uschi Japtok sechs Personen an der Zusammenkunft teilnahmen.

Nach der Begrüßung und Vorstellung der Anwesenden fanden sich die Jugendvertreter der Länder separat zusammen, um zum einen die Erfahrungen aus der Jugendarbeit in den jeweiligen Bundesländern auszutauschen und zum anderen über gemeinsame Interessen, Aktionen und Projekte zu beraten. Als die Ergebnisse den übrigen Teilnehmern vorgestellt worden, zeigte sich, dass auch im Jugendbereich viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen. Gerade im Bereich Werbung und Seminare werden zukünftig sicherlich gemeinsame Aktivitäten zu erwarten sein.

Die diesjährige Zusammenkunft war überwiegend von den Eindrücken und Ergebnissen der Tarif- und Einkommensrunde 2011 und den Veränderungen in der DSTG auf Bundesebene geprägt.

Im Themenblock „Tarif-/Einkommensrunde 2011“ wurde zunächst die Bewertung des Abschlusses in den einzelnen Bundesländern abgefragt und diskutiert. Nicht alle Länder waren mit dem Ergebnis durchgängig zufrieden. In einem Bundesland wurde bereits die Forderung als zu niedrig empfunden. In einem Punkt waren sich aber alle einig. Man hätte nicht erwartet, dass eine Einigung so schnell erzielt wurde.

Natürlich war auch die Frage der Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich Thema. Von Nordrhein-Westfalen ist bekannt, dass eine Übertragung 1:1 erfolgt. Fast alle anderen Bundesländer konnten zum Zeitpunkt des Treffens hierüber noch keine konkreten Angaben machen. Allein in Bremen war die Übertragung bereits geregelt allerdings mit Abstrichen je nach Besoldungsgruppe und einer zeitlichen

Fortsetzung auf Seite 12

Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 11

Verschiebung. In diesem Zusammenhang ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Demonstrationen noch einmal Revue passieren. Allgemein wurde festgestellt, dass der Bremer Zug mit rd. 12.000 Teilnehmern recht eindrucksvoll war. Trotzdem hätte man sich mehr Teilnehmer aus den einzelnen Finanzämtern gewünscht. Schließlich geht es ja um das Portemonnaie eines jeden einzelnen. Außerdem wurden Wünsche nach einem einheitlichen Treffpunkt der DSTG-ler geäußert, so dass hier eine Bündelung möglich wird.

Der Tagesordnungspunkt DSTG-Bund beschäftigte sich mit der in Kürze stattfindenden Bundeshauptvorstandssitzung. Neben einer Satzungsdiskussion, an der sich auch die NordKOOP-Länder durch eigene Vorschläge eingebracht haben, wird dort die Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden erfolgen. Dieter Ondracek wird nach 16 Jahren an der Spitze der DSTG dieses Amt nunmehr zur Verfügung stellen. Zwei Kandidaten für die Nachfolge von Dieter Ondracek sind bekannt. Manfred Lehmann sowie auch Thomas Eigenthaler haben z.Zt. eine Stellvertreterposition in der Bundesleitung inne. Beide Kandidaten haben sich auf die Bitte der NordKOOP den anwesenden DSTG-Vertretern aus den norddeutschen Bundesländern vorgestellt. Im Anschluss haben sie sehr ausführlich die weiteren Fragen, die sich mit der Zukunft und neuen Ideen beschäftigten, beantwortet. In der Bundeshauptvorstandssitzung Anfang Juni wird leider nur einer der Kandidaten zum neuen Bundesvorsitzenden der DSTG gewählt werden können. Übereinstimmend äußerten Thomas Eigenthaler und Manfred Lehmann, sollte der jeweils andere gewählt werden, werde die Zusammenarbeit in der Bundesleitung so gut fortgesetzt wie bisher. Die DSTG-ler bedankten sich bei den beiden Kandidaten für die ausführliche, offene und ehrliche Darstellung ihrer Ideen, Ziele und Informationen über ihre Personen.

Mit dem Mittagessen am Samstag wurde die Zusammenkunft der DSTG-NordKOOP beendet. Auch in diesem Jahr war das Zusammentreffen wieder sehr informativ und fruchtbar für die Arbeit im Landesverband. Die DSTG-Jugend äußerte sich ebenfalls sehr positiv. An der Umsetzung ihrer Ideen wird z.Zt. schon gearbeitet. Und auch für sie wird es sicher weitere Treffen geben.

Aktuelle Informationen finden Sie laufend auch im Internet
auf unserer Seite www.dstgnds.de

Immer etwas mehr finden dort unsere Mitglieder im
Geschützten Mitgliederbereich

Anhörung zur Personalbedarfsberechnung (PersBB) am 17. Mai 2011 in Schwerin

Im letzten Blickpunkt haben wir darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften regelmäßig zu Anhörungen mit der Verwaltung eingeladen werden und dort die Gelegenheit erhalten, zur PersBB Stellung zu nehmen.

In diesem Jahr fand die Anhörung zur PersBB 2012 im Land Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin statt. Die Vertreter der DSTG Helmut Overbeck (Bundesleitung, Hans-Jürgen Schnieber (Nordrhein-Westfalen), Gerd Fleischhacker (Hessen), Stefan Bayer (Rheinland-Pfalz), Johanna Markl (Bayern) und Uschi Japtok (Niedersachsen) sahen sich hier den Vertretern der Organisationsbereiche der Verwaltungen aller Bundesländer gegenüber.

Von Seiten der DSTG-ler, aber auch von Seiten der ver.di-Vertreter wurde neben vielen anderen Punkten vorrangig auf die massiven Probleme hingewiesen, die das sich immer schneller ändernde Steuerrecht mit sich bringt. Im Bereich der Rentenbesteuerung ist deutlich geworden, dass nicht nur die erhöhten Fallzahlen den Einsatz von weiterem Personal notwendig machen, sondern der persönliche Kontakt mit dem Bearbeiter im Finanzamt häufiger als bisher gesucht wird. Durch diese persönliche Ansprachen wird Arbeitszeit gebunden, die bei der Erledigung anderer Aufgaben fehlt.

Die Zuschläge für Rechts- und Verfahrensänderungen bei den risikobehafteten Fällen wurden als zu gering erachtet. Die Rechtsänderungen werden häufiger und komplexer; die Umsetzung kann oftmals nur mit IT-Unterstützung erfolgen. Die Frage eines Steuerpflichtigen nach der äußerst umfangreichen und komplexen Berechnung der Vorsorgeaufwendungen kann bspw. kaum ein Bearbeiter beantworten. Die Zeit, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, ist nicht vorgesehen. Hingewiesen wurde auch, dass Risiko-managementverfahren dazu dienen, die vorhandene Arbeit zu schaffen und die Qualität zu sichern. Sie dienen nicht dazu, die Arbeit schlecht zu schaffen und daneben noch Personal abzubauen.

Angesprochen wurde weiterhin das Verfahren ELSTAM. Hier werden die Werte als äußerst unzureichend angesehen. Schon jetzt zeigt sich, dass wesentlich mehr Arbeit vorhanden ist als die Werte lt. PersBB es zulassen. Auch hier erfolgt überwiegend die persönliche Ansprache durch den Bürger, der sein berechtigtes Anliegen oftmals sofort geklärt haben möchte. Die Werte müssten mindestens verdoppelt werden.

Die Auswertungen der „Steuer-CD´s“ haben - so die Gewerkschaften einhellig - nicht nur Auswirkungen auf die Arbeit der Finanzämter für Fahndung und Strafsachen. Erhebliche zeitliche Auswirkungen gibt es ebenfalls in den Veranlagungsbereichen der Veranlagungsfinanzämter. Eine Lösung bietet die PersBB z.Zt. nicht.

Die DSTG-ler äußerten auch die Auffassung, dass die PersBB-Ansätze für Bereiche im Gesundheits-management und der Mitarbeiterorientierung zu niedrig lägen. Angesichts des kontinuierlich steigenden Krankenstandes müssten u.a. die Werte zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement angehoben werden. Dieses gilt auch für die sozialen Ansprechpartner, die in letzter Zeit immer häufiger frequentiert werden.

Begrüßenswert fanden die DSTG-ler einige andere Gedanken zur PersBB, die für die zukünftigen Berechnungen notwendig erscheinen.

Die Äußerungen der Gewerkschaften wurden von den Vertretern der Verwaltung äußerst interessiert aufgenommen. Es wurde zugesichert, dass man sich mit den insgesamt vorgetragenen Punkten intensiv beschäftigen werde. Grundsätzlich notwendige Organisationsuntersuchungen sind momentan jedoch nicht geplant, denn diese binden wiederum Arbeitszeit in nicht unwesentlichem Umfang. Das entsprechende Personal ist z.Zt. in den Finanzämter jedoch nicht verfügbar.

Die Anhörung begann um 14.00 Uhr und dauerte rd. 3 ½ Stunden.

Für die Abendstunden hatten die Gastgeber aus Mecklenburg-Vorpommern eine Stadtführung durch Schwerin und ein gemeinsames Abendessen vorbereitet.

Fortbildung für örtliche Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen 2011

Die Fortbildungsveranstaltungen für die örtlichen Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen haben in diesem Jahr wieder im April und Mai stattgefunden. Hierzu hatte wie immer die Bezirksschwerbehindertenvertretung bei der Oberfinanzdirektion Niedersachsen eingeladen. Leiter der drei inhaltsgleichen Schulungen war der wieder gesundete Kollege Axel Kreklow.
Den Teilnehmern wurde dabei eine bunte Palette von Themen, Informationen und Hilfestellungen angeboten.

Am Start war zunächst Herr Knoll vom Beratungsdienst der Architektenkammer Niedersachsen aus Hannover zum Thema „Barrierefreies Bauen“. Dabei ging es um die Din 18024 Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und Arbeitsstätten. Begrifflich gilt diese Din in erster Linie für Kinder, ältere Menschen und Behinderte. Analog dazu ist auch in der niedersächsischen Bauordnung die besondere Rücksichtnahme auf Behinderte, alte Menschen, Kinder und Personen mit Kleinkindern verankert. Diese Bauordnung regelt u. a. die Zugänglichkeit und Benutzbarkeit von Gebäuden. Zu überprüfen sind danach die Stufenlosigkeit, die Türbreiten, die Rampenausführung, die Verkehrsflächen sowie die Toilettenräume für Rollstuhlfahrer. In der zukünftig geltenden Dinvorschrift 18040 sind höhere Anforderungen anzuwenden. Beispielsweise sind jetzt die motorischen Vorgänge in den Bewegungsflächen zu berücksichtigen; das heißt, dass Rollstühle zum Drehen mindestens 1,50 m Abstand zu den Wänden haben müssen. Beschrieben werden auch sogenannte „freie“ Räume, also ohne Säulen, Türen oder Schränke.
Außerdem sind Vorschriften über Rampen in Bezug auf Steigungen, Länge, Zwischenpodesten, Handläufen und Radabweisern zu beachten. Ebenso wichtig sind die Orientierungshilfen und Beschreibungen innerhalb und außerhalb eines öffentlichen Gebäudes.

Kernsatz/Definition: Barrierefrei bedeutet, die Möglichkeit selbständig und ohne fremde Hilfe sämtliche Bereiche der öffentlichen und privaten Umwelt zweckentsprechend zu nutzen.

Frau Dr. Trappe aus Isernhagen gab dann interessante Tipps zur richtigen Ernährung und zum richtigen Trinken. Zunächst beschäftigten wir uns mit dem „Ernährungsdreieck“. Dieses Dreieck zeigt übersichtlich und eingängig, wie wir die Lebensmittelauswahl für eine optimale Ernährung treffen sollten. Die Hauptaussage ist: Mehr pflanzliche Lebensmittel wie frisches Obst, Gemüse, Salate und eine große Auswahl an Vollkornbrot, Kartoffeln, Naturreis und Vollkornnudeln. Dafür weniger tierische Lebensmittel, besonders solche mit reichlich Fett, wie Wurst, Fleisch, Milchprodukte und Eier. Ideal wäre eine Ernährung, die alle wichtigen Nährstoffe, Vitamine und Mineralstoffe in ausreichender Form bietet. Kein einziges Lebensmittel garantiert Gesundheit und Wohlbefinden, sondern die richtige Zusammenstellung vieler verschiedener Lebensmittel.

Das Trinken ist bekanntermaßen lebenswichtig. Der Mensch besteht auch zu 70 Prozent aus Wasser. Doch zu viele Menschen nehmen nicht genug Flüssigkeit zu sich. Je nach Alter, Außentemperatur und Belastung sollten Erwachsene auf eine Flüssigkeitszufuhr von mindestens eineinhalb Liter, besser zwei bis drei Liter täglich achten. Der Körper benötigt den ganzen Tag lang kontinuierlich Flüssigkeit, sonst sinken die Konzentrationsfähigkeit und die Hirnleistung. Ausreichend Wasser (Mineralwasser) ist für alle Organe wichtig.

Kollege Gustedt vom Finanzamt Leer hat einen Vortag zum Thema Stress gehalten. Leider wird im allgemeinen Sprachgebrauch oberflächlich bereits jede Alltagsbelastung als Stress bezeichnet. Im medizinischen Sinne liegt Stress aber erst dann vor, wenn eine Person der Überzeugung ist, die Situation nicht bewältigen zu können. In unserer Vergangenheit war die Bewältigungsreaktion entweder Flucht oder Angriff. Den heutigen Stresssituationen folgt heute in der Regel nicht mehr eine mit körperlichen Aktivität verbundene Stressreaktion, sondern „wir bleiben sitzen“. Damit fehlt die Entspannungsphase und das Erregungsniveau steigt weiter an.
Menschen, denen es nicht gelingt, Stress abzubauen, gefährden in einem hohen Maße ihre Gesundheit. Am häufigsten treten Muskel-Skelett-Erkrankungen auf, gefolgt von Erkrankungen des Atemsystems und der psychischen Erkrankungen. Mit diesem Vortrag sensibilisierte der Kollege Gustedt die Teilnehmer eindrucksvoll, selbst die Risiken und die Gefahren einer anhaltenden Stressbelastung zu erkennen und sich für ein aktives Handeln zu entscheiden. Das Ergebnis eines richti-

Fortsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

gen entscheidenden Handelns sind Zufriedenheit, Glück und Gesundheit.

Das Thema „Umgang mit Langzeiterkrankungen/psychischen Erkrankungen“ wurde von der Psychologin Frau Steffen aus der Finanzverwaltung Hamburg beleuchtet. Bei dem Modell psychischer Erkrankungen unterscheidet man zwischen den körperlichen Faktoren (ererbt/ erworben) und den psychosozialen Faktoren (Erziehung / Traumata).

Hingewiesen wurde dann auf die möglichen Depressionen. Symptome hierfür können u. a. gedrückte Stimmung, Interessenverlust, Müdigkeit, Schuldgefühl und negative Zukunftsperspektiven sein. Als Ursachen werden oft dauerhafte Überlastung, Entwicklungen in der Lebensgeschichte, belastende Lebensereignisse, Persönlichkeitsmerkmale und Reizüberflutungen ausgemacht. Besonders Ängste werden durch Situationen oder Objekte hervorgerufen. Nach einer Studie leben ca 15 % aller Menschen mit Ängsten. Die Bandbreite geht von leichtem Unbehagen bis zu panischen Ängsten. Neben den körperlichen Anzeichen wie Herzklopfen, Hitze, Atemnot, Nervosität, Konzentrationsschwäche, Anspannung und Ohnmachtsgefühle kommen noch die Furcht von Kontrollverlusten, Sterben und Vermeidungsverhalten dazu.

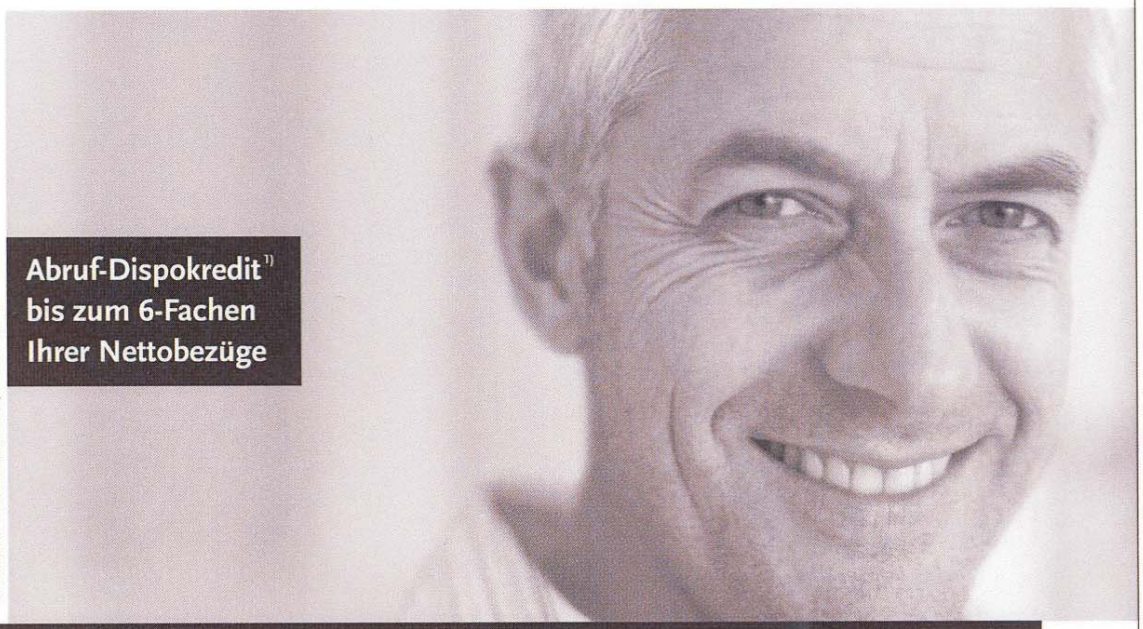
Die Risikofaktoren am Arbeitsplatz sind geringer Entscheidungsspielraum, fehlende soziale Unterstützung, geringe Wertschätzung, schlechtes Klima und ungerechte Behandlung durch Vorgesetzte. Wichtig beim Umgang mit psychisch auffälligen Beschäftigten wären die Gespräche und die Gesprächsführung. Dabei sollte die Wertschätzung thematisiert, die Sorgen verdeutlicht, Fakten benannt, Moralisierungen vermieden, Vereinbarungen festgelegt und Hilfestellung angeboten werden. Ggf. sollten externe Helfer, Ärzte , Psychologen und andere Unterstützungspersonen und -einrichtungen eingeschaltet werden.

In Bezug auf Konsens I wurden von der OFD Niedersachsen in einem weiteren Vortrag die Ergebnisse der Befragung der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen im Anschluss an die Fortbildung 2010 vorgestellt. Aus 21 Finanzämtern wurden insgesamt 29 Beschäftigte mit besonderem Bedarf gemeldet. Die Meldungen wurden nach Art der Behinderung und den Auswirkungen der benötigten APC-Sonderausstattungen auf die Schulungssituation analysiert. Für etwa 20 Beschäftigte werden die Systembediener die APC-Sonderausstattung in der Lerninsel aufbauen. Einzelplatzschulungen direkt am Arbeitsplatz werden für 8 Beschäftigte im Jahre 2012 organisiert. Maximal 3 Beschäftigte werden in Nachbarämtern eine Schulung erhalten, da die Lerninsel im eigenen Amt für diese Personen unzugänglich ist.

Zum Abschluss der Schulungsveranstaltungen hat die Hauptvertrauensperson für die schwerbehinderten Menschen der Kollege Thorsten Eichenauer noch Stellung zum geplanten neuen Versorgungsgesetz genommen. Geplant ist eine Erhöhung des Pensionsalters auch für die schwerbehinderten Menschen stufenweise bis zum 65. Lebensjahr. Aber Genaueres kann erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitgeteilt werden. Der Blickpunkt wird entsprechend berichten.

Nach der Schlussaussprache haben sich alle Teilnehmer für die interessante und abwechslungsreiche Veranstaltung bedankt. Wie in jedem Jahr war es eine gewinnbringende Informationsplattform für alle Schwerbehindertenvertretungen. Dem Kollegen Axel Kreklow und seinem Team wünschen alle schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen alles Gute, Gesundheit und ein Wiedersehen im Jahre 2012.

Andreas Franke,
Mitglied im BPR (Steuer)



[1] Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)
[2] Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

0,– Euro Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit[1][2]

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,– Euro Depot[1]

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

+ 30,– Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Stiftung Warentest Finanztest
Günstigster Abruf-Dispokredit
Filialkredit
Im Test: 57 Banken und 11 Abrufkredite
Ausgabe 09/2009

Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
Telefon 05 11/60 74 00 00, Telefax 07 21/141-14 11
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst